



---

---

## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **30. Sitzung (öffentlich)**

6. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**5**

Der Ausschuss kommt überein, den Haushalt noch nicht abschließend zu beraten.

#### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

**6**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/3800

Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales  
Vorlage 16/1072 (Erläuterungsband)  
Vorlage 16/1294 (Typoskript der Einbringungsrede von Minister Schneider)

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter  
Vorlage 16/1121  
Vorlage 16/1248

Der Ausschuss berät über den Antrag der Fraktion der Piraten bezüglich der Einführung eines neuen Titels „Zuschüsse des Landes zur Fortführung der Schulsozialarbeit“ (Kapitel 11 041). Die Gespräche des Landes mit dem Bund bezüglich der Finanzierung der Schulsozialarbeit sollen abgewartet werden.

Der Ausschuss will in der nächsten Sitzung eine Debatte über die Ergebnisse der Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend zu diesem Thema führen.

**2 Aktuelle Ausbildungssituation in Nordrhein-Westfalen 10**

Vorlage 16/1322 (Neudruck)

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

**3 Duale Ausbildung in der Landesverwaltung 24**

Vorlage 16/1302

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

**4 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes 25**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/2723

APr 16/281

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Beratung über den Gesetzentwurf bis zur Veröffentlichung der Entscheidungsgründe des Bundesverwaltungsgerichts zu diesem Thema abzuwarten.

- 5 Bericht zum „Stand der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege 2012 – 2015“ 27**
- Vorlage 16/1312  
Bericht der Landesregierung
- Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.
- 6 Aktueller Sachstand hinsichtlich der Vorgänge bei verschiedenen Transplantationszentren 28**
- Vorlage 16/1309  
Bericht der Landesregierung
- Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.
- 7 Bericht über die Hintergründe eines Patienten, der sich seit 38 Jahren zu Unrecht in der LWL-Nervenklinik Warstein aufhält 30**
- Vorlage 16/1339  
Bericht der Landesregierung
- Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.
- 8 Verschiedenes 31**
- Der Ausschuss stimmt allen Vorschlägen des Vorsitzenden bezüglich der Tagesordnungspunkte der Sitzung am 13. November 2013 zu.



#### **4 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/2723

APr 16/281

**Vorsitzender Günter Garbrecht** teilt mit, das Plenum habe in seiner 31. Sitzung am 15. Mai 2013 den Gesetzentwurf nach erster Lesung einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Kommunalpolitik, an den Integrationsausschuss sowie an den Ausschuss für Europa und Eine Welt überwiesen.

Am 26. Juni 2013 habe der Ausschuss zusammen mit den mitberatenden Ausschüssen eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. Das Ausschussprotokoll 16/281 liege vor.

Er habe die kommunalen Spitzenverbände zu zwei Themen angesprochen. Erstens sei es um die Frage der muslimischen Begräbnisfelder gegangen. Die diesbezügliche Stellungnahme sei den Fraktionen zugegangen. Zweitens seien die Fragen der ordnungsbehördlichen und der Sozialbestattung offengeblieben. Auch dazu habe es mit Schreiben vom 4. November 2013 eine Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände gegeben. Er habe veranlasst, dass sie den Ausschussmitgliedern zugesandt werde.

Zudem habe das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter ihm und den Obleuten dieses Ausschusses mitgeteilt, dass es im Hinblick auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. Oktober 2013 zum Thema „Grabsteine aus Kinderarbeit“ einen Aufschub der Beratung bis zur Veröffentlichung der Entscheidungsgründe anrege. Die Stadt Nürnberg sei, was diese Frage anbelange, angeklagt worden. Wenn die schriftliche Urteilsbegründung vorliege, solle entschieden werden, ob sie zu einer Veränderung des Gesetzes führen müsse. Diese Anregung halte er für zielführend.

**Michael Scheffler (SPD)** hält es ebenfalls für vernünftig, die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts abzuwarten und dem MGEPA Gelegenheit zu geben, zu prüfen, welche Auswirkungen das Urteil auf das in der Beratung befindliche Bestattungsgesetz habe. Es bestehe vonseiten des Ausschusses großes Interesse daran, dann zeitnah eine Einschätzung des MGEPA zu bekommen, welche Richtung eingeschlagen werden könne.

**Peter Preuß (CDU)** schließt sich dieser Auffassung an. Das Mittelstandsgesetz sehe vor, dass, wenn mittelständische Unternehmen – hier seien das Steinmetze – betroffen seien, die Clearingstelle angerufen werde. Die Frage sei, ob das schon geschehen sei.

**Staatssekretärin Marlis Bredehorst (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter)** antwortet, dass das noch geprüft werden müsse. Wenn die Beratungen wieder aufgenommen würden, werde es darauf sicherlich eine Antwort geben.

**Susanne Schneider (FDP)** erklärt für ihre Fraktion, dass diese ebenfalls das Urteil abwarten wolle. Der Städte- und Gemeindebund habe festgestellt, dass die Finanzierung, wie sie im derzeitigen Gesetzentwurf vorgesehen sei, juristisch gesehen als hochproblematisch angesehen werde.

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Beratung über den Gesetzentwurf bis zur Veröffentlichung der Entscheidungsgründe des Bundesverwaltungsgerichts zu diesem Thema abzuwarten.